

PROTOKOLL



Zu der auf **Dienstag, den 10.12.2019**, um 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses anberaumten **Sitzung der Stadtverordnetenversammlung** waren erschienen:

VON DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG:

CDU-Fraktion

Schübeler, Norbert (Stadtverordnetenvorsteher)
Büchler, Ruth ab 18:00 Uhr (TOP 1)
Disson, Gregor
Ergler, Volker ab 19:00 Uhr (TOP 1)
Frank, Elvira
Gutperle, Jürgen
Haas, Sigrid
Käser, Hannah
Kruhmann, Torben ab 18:40 Uhr (TOP 1)
Renner, Engelbert
Ringhof, Martin ab 18:30 Uhr (TOP 1)
Scheidel, Jörg
Weiße, Tobias ab 18:20 Uhr (TOP 1)
Werle, Richard ab 17:45 Uhr (TOP 1)
Winkler, Christoph

SPD-Fraktion

Dr. Ritterbusch, Jörn
Atris, Hussein ab 18:30 Uhr (TOP 1)
Burkhoff, Nils
Forg, Klaudia ab 19:05 Uhr (TOP 1)
Häfele, Andreas
Hanf, Alicia
Hofmann, Klaus
Mayer-Kotlenga, Nina
Neuß, Peter ab 18:00 Uhr (TOP 1)
Quarz, Klaus
Rihm, Dieter
Schäfer, Daniel
Wohlfart, Maximilian ab 17:45 Uhr (TOP 1)

UBV-Fraktion

Dr. Stülpner, Henrik
Benz, Walter
Bleiholder, Rolf
Bleiholder, Urte
Migenda-Wunderle, Rosemarie
Nordmann, Rolf
Sponagel, Irina
Wunderle, Bernhard

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Winkenbach, Manfred
Haas, Bernd
Klee, Wolfgang ab 17:45 Uhr (TOP 1)
Zöller-Helbig, Helga

WGV-Fraktion

Kempff, Beate ab 18:30 Uhr (TOP 1)
Kempff, Ralf

FDP-Fraktion

Gieding, Tobias
Jünemann, Ralf

Unentschuldigt fehlte Emre Dogan.

■ ■ ■ ■

VOM MAGISTRAT:

Baaß, Matthias (Bürgermeister)

Kempf, Bastian

Brinkmann, Gerd

ab 19:10 Uhr (TOP 1)

Fraas, Hedwig

ab 18:05 Uhr (TOP 1)

Gross, Dieter

Kirchner, Helmut

Klauder, Thomas

Reinhardt, Randoald

Vanli, Hayrettin

Ziegler, Klaus

Entschuldigt fehlten Jenny Dieter, Heinz Rohrbacher sowie Günter Wolk.

ALS SCHRIFTFÜHRUNG:

Haas, Philipp

VON DER VERWALTUNG:

Fleischer, Michael

Hauptamt

Klein, Volker

Hauptamt, Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung

Rohrbacher, Stefanie

Kämmereiamt

Hätscher, Marc

Kämmereiamt

Haas, Rudolf

Amt für Soziales und Standesamt

Gutperle, Jörg

Bürgerbüro

Schneider, Reiner

BVLA (bis 20:00 Uhr, TOP 2)

Ewert, Frank

ASU

Stephan, Horst

KuBuS

Hook, Jürgen

Forum der Senioren

Kempf, Rainer

Stadtbetrieb (ab 17:30 Uhr, TOP 1, bis 20:25 Uhr, TOP 5)

VON DER PRESSE:

Südhessen-Morgen

Viernheimer Tageblatt (ab 18:50 Uhr, TOP 1)

ZUHÖRER:

6

Φ Φ Φ Φ

Stadtverordnetenvorsteher Norbert Schübeler eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 07.11.2019 (Nr. 33/2019) gab es keine Einwände.

Er gab bekannt, dass der TOP 3 b „Prüfung des Jahresabschlusses 2019 für den Stadtbetrieb Viernheim – Bestellung eines Abschlussprüfers“ auf eine spätere Sitzung verschoben werden soll. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung stimmten dem einmütig zu.

Außerdem verwies er auf die zahlreichen Tischvorlagen zum Haushalt (Anträge der Fraktionen, Beiblatt, Haushaltssatzung, Stellenplan und Investitionsprogramm; die Anlagen stehen im Ratsinformationssystem als Anlagen zu TOP 1 a zur Verfügung), einen ergänzenden Beschlussvorschlag zu TOP 4 sowie die schriftliche Beantwortung der Anfragen (TOP 12 bis TOP 14). Diese Tischvorlagen sind im Ratsinformationssystem als Unterpunkte zu den jeweiligen TOPs abrufbar.

Zudem verwies er auf die Einladungen zu den Empfängen der Fastnachtsprinzessinnen des CdG und der Großen 3 im Ratssaal, auf die Möglichkeit der „Gemeinsamen Neujahrsgratulation“ sowie auf das ausliegende Programm der Volkshochschule (und dort insbesondere auf das neue Bildungsprogramm).

- - -

TAGESORDNUNG:

1. Haushaltsberatungen

- 1 a. Beratung des Haushaltsplans 2020
- 1 b. Investitionsprogramm 2019-2023

2. Forum der Senioren

- 2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 des Viernheimer Forum der Senioren
- 2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Viernheimer Forums der Senioren
- 2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für das Viernheimer Forum der Senioren

3. Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

- 3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 für den Stadtbetrieb Viernheim und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2018 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim
- 3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für den Stadtbetrieb Viernheim
- 4. Prüfung der Jahresrechnung 2018 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm
- 5. Finanzierung bedeutsamer Investitionen,
hier: Neubau von Abwasserkanälen zum Schutz vor Wetterunbilden
- 6. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
- 7. Soziale Mietwohnraumförderung im Zuge der Mittelbaren Belegung von 55 Wohnungen (WE) bzw. 3.960 m² Wohnfläche; Anmeldung/Antragstellung der Baugenossenschaft Viernheim für eine Förderung im Bauprogramm 2019; hier: städtische Komplementärförderung
- 8. Viernheimer Vielfalts- und Integrationskonzept
- 9. Finanzbericht zum 30.09.2019
- 10. Antrag der CDU-Fraktion:
Busfahren „on Demand“ – Wenn der Bus kommt wie gerufen
- 11. Anfrage der UBV-Fraktion:
Ergebnisse des Antrages vom 16.07.2019 zum Thema Versickerungsflächen
- 11.1 Prüfung zur Herstellung von Versickerungsflächen
hier: Information zum Antrag der UBV-Fraktion aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.08.2019
- 12. Anfrage der UBV-Fraktion:
Kosten der zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019;
Neues Klimaschutzkonzept (KSK) - Klimaschutzmanager
- 13. Anfrage der UBV-Fraktion:
Rathaussanierung
Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019:
Finanzierung der Rathaussanierung
- 14. Anfrage der WGV-Fraktion:
Erhebung der Ausgleichsbeträge (Innenstadtsanierung) gemäß § 154 des Baugesetzbuches

Anfrage der WGV-Fraktion (vom 25.11.2019) zu „Heranziehungsbescheiden für Ausgleichsbeträge Sanierung Innenstadt durch das Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung“

hier: Beantwortung durch Verwaltung

1. Haushaltsberatungen

1 a. Beratung des Haushaltsplans 2020

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 20.11.2019

1 b. Investitionsprogramm 2019-2023

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 20.11.2019

Auf o.a. Vorlagen, den Entwurf des Haushaltsplans und die Tischvorlagen wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass sich der Ausschuss in zwei Sitzungen mit dem Haushaltsplan auseinandergesetzt habe. Zahlreiche Rückfragen wurden – teilweise per Protokoll – von der Verwaltung beantwortet. Er dankte insbesondere dem Kämmereiamt für die aufschlussreiche Präsentation zu den Auswirkungen der geplanten Großinvestitionen. Demnach sei ein ausgeglichener Haushalt ab 2021 nicht mehr gesichert, wenn Einnahmen und Ausgaben sich wie erwartet entwickeln.

Wie in den Vorjahren hat der Haupt- und Finanzausschuss keinen Beschluss gefasst, sondern überlasse dies der Stadtverordnetenversammlung nach den Beratungen am heutigen Abend.

Danach hatten die Fraktionen Gelegenheit, zum Haushalt Stellung zu nehmen und Anträge zu begründen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Scheidel hielt folgende Rede zum Haushalt:

Bevor ich auf einzelne Haushaltsstellen etwas ausführlicher eingehe, möchte ich mich an erster Stelle bei den beiden Dezernenten, den Mitarbeitern der Kämmerei und allen beteiligten Fachabteilungen für die Erarbeitung des Haushaltsplans bedanken.

Einen solchen Ordner voller Akten durchzuforschen und im besten Fall auch noch zu verstehen und seine Schlüsse daraus zu ziehen, dazu benötigt es einige Sitzungen, einiges an Unterstützung und an Erläuterung offener Fragen seitens der Verwaltung. Deshalb an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an alle!

Die Rahmenbedingungen, die uns als Kommune vom RP auferlegt werden, sind alles andere als „einfach“ zu bewerkstelligen. Das hat zur Folge, dass wir momentan einen so geringen Haushaltsüberschuss haben, dass der Gestaltungsspielraum für uns Stadtverordnete erheblich einschränkt ist. Jede Maßnahme, die man umsetzen will, braucht schlicht und einfach eine Gegenfinanzierung, sprich, ich muss etwas anderes wegnehmen.

Eine letztendlich positive Nachricht ist es, wenn die Landesregierung finanzschwachen Kommunen mit dem Programm „Starke Heimat Hessen“ zur Seite springt. Zugegebenermaßen war ich anfangs selbst kritisch, doch man sollte sich auch bei unterschiedlich politischen Meinungen durchaus bewusst sein, dass dieses Programm den Haushalt momentan ausgleicht und einen Überschuss generiert und den Spielraum damit etwas erweitert. Nach dem Robin-Hood-Prinzip wird den gewerbesteuerstarken Kommunen das Geld abgezweckt und an finanzschwache umverteilt.

Wir als Stadt Viernheim werden davon profitieren, denn wir erhalten am Ende ca. eine halbe Million Euro mehr aus der Umlage, als wir einzahlen. Bis auf die Zuweisung für Krankenhäuser erhalten wir nicht nur unser Geld in voller Höhe zurück, wir bekommen sogar die halbe Million dazu geschenkt. Mit Blick auf anstehende Investitionen müssen wir froh sein über jeden Euro, den wir generieren und abgreifen können.

Die Sanierung des Rathauses schlägt laut dem aktuellen Beiblatt mit ca. 1,6 Mio. zu buche. Sicherlich eine ordentliche Summe, um gezielte Kosten auf Grund der Ausschreibung zu erlangen und um besser Verhandlungen über die Finanzierung führen zu können.

Dieser Haushaltsposten wirkt auch dem scheinbar allgemeinen Befinden entgegen, hier würde sich nichts tun. Seit 1. August tut sich sehr wohl etwas, liebe Kollegen, und wir sind genauso gespannt wie Sie, wie es weitergeht. Zusammen mit dem geplanten neuen Hauptsammler werden es sicher große Herausforderungen für uns als Stadt, aber ich bin mir sicher, dass sowohl unsere kompetente Fachabteilung der Kämmerei als auch der zugehörige Dezernent sich für eine kluge Finanzierung einsetzen werden und eine Lösung finden, um dem Beschluss über die Sanierung auch nachzukommen.

Im HuFa letzte Woche war es ebenfalls kurz Thema, dass es zielführender ist, wenn wir gemeinsam zusammenarbeiten und nicht gegeneinander. Deshalb gebe ich auch dem Kollegen Rihm von der SPD Recht, wenn er sagt, wir brauchen hier Unterstützung vom Land. Zu einem nicht unerheblichen Teil haben wir diese bereits aus der Hessenkasse erhalten, aber wir sollten trotzdem darum bemüht sein, bei unseren Parteien im Land um weitere Unterstützung zu bitten. Laut aktuellen Nachrichten stehen im Bundeshaushalt noch 15 Milliarden Euro für Kommunen zur Verfügung und das Land Hessen ist eines der wenigen Länder, das noch so gut wie keine Mittel daraus abgerufen hat. Vielleicht lässt sich ja doch noch der ein oder andere Euro nach Viernheim locken. Wir sind gespannt.

Wie Sie alle unserem Antragsschreiben entnehmen konnten, wollen wir den Pumptrack im Familiensportpark streichen, da wir diesen nicht für notwendig erachten. Nach Diskussionen in den Ausschüssen und auch in unserer Fraktion sind wir gestern Abend abschließend zu der Entscheidung gekommen, dass wir dieses Geld gerne für die SG und für den Ausbau des Hartplatzes in einen Winterrasen zur Verfügung stellen wollen. Jetzt hat sich gestern die Verwaltung nochmal zu Wort gemeldet, dass dieses Projekt noch nicht entscheidungsreif sei, weil es noch keine Voruntersuchungen gebe. Also wenn man mal überlegt, wie lange die SG schon dieses Projekt, sei es ein Kunstrasen oder jetzt einen Winterrasen, angeht, dann ist das eine dünne Begründung seitens der Verwaltung. Seit ein paar Jahren weiß auch dieses Haus, das die SG hier eine Veränderung anstrebt, die dringend notwendig ist.

Viele Hartplätze, außer dem bei der SG, gibt es nicht mehr im Fußball-Kreis Mannheim, und wenn es noch einen gibt, dann gibt es meistens den zugehörigen Verein nicht mehr.

Wenn das das Ziel ist, dann brauchen wir nicht investieren, das ist wohl wahr. Wenn wir aber den Verein nun dabei unterstützen wollen, auch in Zukunft, neben dem TSV Amicitia, Fußball für Jugendliche und Erwachsene anbieten zu können, dann haben wir unserer Meinung nach keine andere Wahl. Die Zahlen wurden von einem Büro für Sportplätze geliefert und liegen auf dem Tisch. Was die Verwaltung verpasst hat, hat der Verein organisiert und das honorieren wir. Deshalb möchten wir die 60.000 Euro statt dem Pumptrack für das Projekt Umbau Hartplatz im Familiensportpark zur Verfügung stellen und fordern die Verwaltung auf, alle weiteren Schritte einzuleiten und den Verein hierbei zu unterstützen.

Den Bau von Fahrradabstellplätzen im Waldstadion hätten wir ebenfalls gerne gestrichen.

Da ich selbst und auch andere seit vielen Jahren dort regelmäßig unterwegs sind, wissen wir die Situation einzuschätzen. Auch wenn der Verein es gerne etwas geordneter hätte, so bezweifeln wir doch stark, dass der gewünschte Effekt durch die Maßnahme eintreten wird. Das Waldstadion ist ein so großes Gelände, die Menschen werden auch weiterhin ihr Fahrrad dort abstellen, wo sie hinmüssen. Auch diese Investition sehen wir nicht als notwendig an und möchten sie streichen.

Für den Tivoli-Park stehen ca. 600.000 Euro zur Verfügung. Das unterstützen wir in jedem Fall, wer jedoch bei der letzten LoPa-Sitzung anwesend war, der weiß, dass dieses Geld nicht für den gesamten Park ausreicht. Die Gesamtsumme beläuft sich laut Schätzung auf ca. 900.000 Euro. Wie ich es bereits in dieser Sitzung gesagt habe, halten wir eine Aufteilung in mehrere Bauabschnitte bei dieser ersten Maßnahme bereits für sinnvoll, um die Kostenentwicklung besser im Auge zu behalten. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Schätzung oftmals nicht mit der Berechnung am Ende übereingestimmt hat. Ich glaube, davon war so wirklich niemand begeistert. Um dem vorzubeugen, wollte ich den Vorschlag der Einteilung in Bauabschnitte an dieser Stelle nochmals erwähnen und der Verwaltung mitgeben, um die Sachlage mit dem Planungsbüro zu erörtern.

Der Kanalbau „Neuer Sammler“ ist das zweite große, dringend notwendige Projekt unserer Stadt. Nach den vergangenen Starkregen-Ereignissen ist dies unabdingbar. Diese Verantwortung tragen wir gegenüber allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und wir hoffen, dass die Verwaltung auch hier eine sinnvolle und kluge Finanzierung mit der zuständigen Behörde aushandeln kann.

Den Umbau der L3111 und der Wiesenwegbrücke unterstützen wir ebenfalls in vollen Zügen. Unsere Fraktion hat diesen Umbau schon seit vielen Jahren gefordert und wir halten es auch immer noch für die ideale Lösung für das Gewerbegebiet und die Anwohner im Bannholzgraben I.

Alle Jahre wieder, muss man leider schon sagen, steht die Neugestaltung des Spitalplatzes auf dem Plan. Wir hoffen, dass diese dringend notwendige Maßnahme im kommenden Jahr auch endlich ihre Umsetzung findet. Dem Platz und den ansässigen Einrichtungen wäre es zu wünschen.

Dann möchte ich noch drei weitere Anträge unserer Fraktion vorstellen. Zwei kennen Sie bereits in Kurzform, der Andere ergab sich im Laufe der Diskussion gestern Abend.

Zum einen die Bereitstellung von 10.000 Euro für die Aktion „Viernheimer retten Leben“.

Die Mittel dazu können aus den gestrichenen Fahrradabstellplätzen genommen werden.

Wir halten diese Aktion für sehr wichtig und sinnvoll, weswegen wir das Ganze auch im Sinne einer Förderung bezuschussen wollen. Es gibt bereits ein paar Geräte über die Stadt verteilt. Wir stellen uns das Ganze so vor, dass wir als Stadt die Anschaffung solcher Geräte zu 50 % unterstützen. Das hieße, die anderen 50 % eines Gerätes müssen weiterhin über Spendengelder akquiriert werden. Selbstverständlich gilt das nicht für „private“ Nutzer. Die Defibrillatoren sollen am Ende dort vorhanden sein, wo möglichst viele Menschen unterwegs sind, bspw. in Banken, in öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Kirchen und und und.....

Zum anderen wollen wir die Haushaltsstelle - V25 12.5410.01 Straßeninstandsetzungsmaßnahmen im „Neuen Weg“ - streichen und stattdessen für die zu erwartenden

den Reparaturen und Maßnahmen in der Rudolf-Harbig-Halle bereitstellen. Auch wenn bezüglich der Decke noch keine abschließenden Gutachten vorliegen, so lassen die jüngsten Entwicklungen nichts allzu Gutes erwarten. So sind beispielsweise bei den Probebohrungen erhebliche Mängel an der Giebel-Fassade Richtung Wald festgestellt worden, die ein Abtragen der Fassade unumgänglich machen. Wir haben große Bedenken, dass die sonst zu erwartenden Maßnahmen an der alten Decke nur einfache Reparaturen sein werden. Auch wenn wir uns stets für Straßeninstandsetzungen eingesetzt haben, ist für uns die Lage im Neuen Weg nicht so kritisch, wie es im Haushalt steht und wir sehen uns momentan in der Pflicht, Vorsorge für die RRH zu treffen, um den Betrieb baldmöglichst wieder aufnehmen und die Maßnahmen auch finanzieren zu können.

Und zu guter Letzt möchten wir die Position der Abfallentsorgung im Ergebnishaushalt um 40.000 Euro erhöhen. Wie wir es bereits auch in der Presse kundgetan haben, halten wir die kostenfreie Windelentsorgung weiterhin für eine einfache und gute Möglichkeit, Familien mit Kleinkindern oder mit pflegebedürftigen Angehörigen, die zu Hause gepflegt werden, deutlich zu entlasten.

Die Resonanz auf unseren Vorschlag war durchweg positiv seitens der Bevölkerung.

Um das Geld überhaupt zunächst einbringen zu können, schlagen wir Ihnen vor, den Zuschuss für die Kindergärten, um weitere 40.000 Euro zu reduzieren. Da die Stadt das Geld aus den Zuweisungen vom Land über die „Starke Heimat Hessen“ wiederbekommt, ist das formal kein Problem und die Kitas bekommen am Ende auch nicht weniger Geld.

Wir haben die Zuweisung momentan ja sowieso schon um 430.000 Euro reduziert, da ja noch die schriftliche Bestätigung des Landes fehlt.

Das Geld kommt, das haben uns unsere Parteikollegen aus dem Landtag so versprochen, und es ist auch bereits im Landtag so verabschiedet worden.

Wie wir die Entsorgung von Windeln am Ende gestalten, das können wir gerne noch im Ausschuss diskutieren. Die Stadt Bürstadt stellt bspw. gegen einen kleinen Unkostenbeitrag bestimmte Säcke zur Verfügung. Diese können auf der Stadt nach Vorlage einer Geburtsurkunde oder eines ärztlichen Bescheides abgeholt werden.

So ließe es sich gewissermaßen kontrollieren und es hat den Vorteil, dass die Betroffenen nicht extra zum Wertstoffhof fahren müssen, sondern der ZAKB diese Säcke einfach und unkompliziert bei der Restmüll-Entsorgung mit abtransportiert.

Sie merken, wir haben uns intensiv mit dem Haushaltsplan beschäftigt und uns Gedanken gemacht. Ich darf Sie abschließend herzlich um Unterstützung für unsere Anträge bitten und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit!“

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Der Haushaltsplanentwurf 2020 ist im Ergebnis- und Finanzhaushalt ausgeglichen und schließt wieder mit einem moderaten Überschuss ab.

Die Fehlbeträge aus den vergangenen Jahren wurden mit dem Jahresabschluss 2020 ausgeglichen, weshalb auch kein Haushaltssicherungskonzept mehr vorgelegt werden muss.

Nach der Hessischen Gemeindeordnung besteht nun auch die Verpflichtung, eine Mindestliquiditätsreserve vorzuhalten. Auch diese Vorgabe wurde erfüllt. Sie beträgt für 2020 1,397 Mio. €.

Unsere Stadt ist also dank einer vorausschauenden, überlegten und soliden Finanzpolitik in den letzten Jahren, bei der auch die Bürgerinnen und Bürger einen erheblichen Anteil leisten mussten, auf einem guten Weg. Aber die Fortsetzung dieses er-

folgreichen Weges der finanziellen Konsolidierung wird durch die gewaltigen Herausforderungen notwendiger Investitionen, für die unserer Stadt nachweislich das Geld fehlt, außerordentlich schwierig. Und die durch die Landesregierung vorgegebenen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen erschweren zusätzlich in erheblichem Maße die Umsetzung.

Bildlich gesprochen liegen mehrere sehr große Felsbrocken auf dem Weg, die wegzuräumen allergrößter finanzpolitischer Anstrengungen bedürfen. So müssen in den nächsten Jahren millionenteure Bauvorhaben gestemmt werden, die bereits jetzt schon den Haushalt 2020 belasten.

Ihnen allen ist bekannt, über welche Investitionsmaßnahmen ich spreche. Es geht hierbei in erster Linie um den Bau eines Kanalentlastungssammlers, der den aktuellen Haushalt mit 1 Mio. € belastet und geschätzte Endkosten in Höhe von voraussichtlich 17 Mio. € verursachen wird. Mit dem Beschluss des vorliegenden Haushalts beschließen wir gleichzeitig eine Verpflichtungsermächtigung über diese beachtliche Summe. Ein „Zurück“ wird es dann nicht mehr geben, was diese Investition angeht, die unsere Handlungsspielräume über Jahre hinweg einengen wird. Hinzu kommt, dass die zweifellos sinnvolle Investition in den Sammler erst ab Inbetriebnahme über entsprechende Gebühren gegenfinanziert werden kann.

Ferner spreche ich über die Sanierung des Rathausgebäudes, die den Haushalt 2020 mit derzeit 1,285 Mio. € belastet. Ein Betrag, der sich im laufenden Haushaltsjahr ggf. noch weiter erhöhen könnte. Die Rathaussanierung wird seitens der Verwaltung mittlerweile mit geschätzten Endkosten in Höhe von 19,3 Mio. € kalkuliert, was eine unerfreulich große Kostensteigerung bedeuten würde.

Diese im negativen Sinne beeindruckenden Zahlen waren auch der Anlass dafür, dass wir die Verwaltung kurzfristig gebeten haben, aktuelle Zahlen vorzulegen, damit wir auch im Rahmen dieser Haushaltsbeschlüsse eine Einschätzung vornehmen können, ob und wie diese Projekte für uns als Stadt Viernheim überhaupt zu stemmen sind. Um ein größtmögliches Maß an Transparenz zu schaffen, haben wir zudem den Vorschlag eingebracht, dass der HuFa in den kommenden Monaten regelmäßig über die weiteren Kostenentwicklungen zum Thema Rathaussanierung informiert werden soll.

Ein weiterer großer Kostenpunkt sind die Erschließungskosten für das neue Baugebiet Bannholzgraben II in Höhe von 3,5 Mio. € für Grundstückserwerb und Baulandentwicklung, welchen jedoch Einnahmen durch Grundstücksverkäufe gegenüberstehen.

Weitere Millionenbeträge werden für den Abriss der Wiesenwegbrücke und als Alternative dem Bau eines Kreisverkehrsplatzes (ca. 2 Mio. €), die Sanierung von maroden Brückenbauwerken (ca. 4,4 Mio. €), den Stadtumbau West mit der Neugestaltung des Tivoliparks, der Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes, des Umbaus zentraler Kreuzungsbereiche und der Sanierung der Saarlandstraße (ca. 4,3 Mio. €) und die laufende Kanalsanierung (ca. 500T €, jedes Jahr zumindest bis 2023) benötigt.

Die Finanzierung dieser für die Entwicklung unserer Stadt ohne Zweifel notwendigen und sinnvollen Projekte ist, nach einer aktuellen Stellungnahme der Kämmerei, nicht gesichert. Im Gegenteil. Wenn Einnahmen, Ausgaben und Investitionen auf dem momentan vorgesehenen Niveau bleiben, könne ab 2021 kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Damit würden die haushaltsrechtlich verbindlichen Vorgaben nicht eingehalten, was zur Folge hätte, dass es keine Haushalts- und Kreditgenehmigung geben würde.

Das Grundproblem ist also klar benannt: Zu wenig Geld für die notwendigen Investitionen in unserer Stadt.

Also Ausgaben reduzieren und Investitionen verschieben? Klingt auf den ersten Blick einleuchtend, ist aber auf Dauer nicht sehr hilfreich. Denn die im Haushalt angeführten Aufwendungen und Investitionen sind nachweislich notwendig, um die Daseinsvorsorge und Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten bzw. angemessen zu verbessern. Es liegt nicht, wie vielleicht manche glauben machen wollen, an einem übersteigerten Investitionsbedarf unserer Stadt, sondern nach wie vor an einer völlig unzureichenden Grundfinanzierung der Kommunen in Hessen und damit auch in Viernheim.

Die eben gelobten Summen sind angesichts der strukturellen Probleme nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Gut erkennbar beispielsweise an dem völlig unzureichenden Mitfinanzierungsanteil der schwarz-grünen Landesregierung bei den Kindertagesstätten, welche deutlich geringer ausfällt als in anderen Bundesländern. Daraus folgend bilden auch im Haushalt 2020 die kommunalen Aufwendungen von 9,2 Mio. € für die Kinderbetreuung das größte Einzelbudget.

In den letzten Jahren haben sowohl die Bürgerinnen und Bürger durch die Zahlung höherer Steuern als auch die verantwortlichen Politiker durch eine angemessene Finanzpolitik im großen Maße dazu beigetragen, dass unsere Kommune im nächsten Jahr aus dem sog. Schutzschirm entlassen werden kann. Unsere Stadt konnte dreimal nacheinander einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Die Fortsetzung dieses Erfolges einer nachhaltigen Finanzpolitik wird aber unter den heutigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen ab 2021 nicht mehr ohne weiteres möglich sein.

Deshalb beginnt mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2020 nun die politische Arbeit zur Finanzierung der nachfolgenden Haushalte.

Aber machen wir uns nichts vor: Die Bewältigung des Spagats, einerseits einen ausgeglichenen Haushalt auf Dauer vorzulegen und andererseits notwendige millionenschwere Investitionen zu stemmen, wird nur gelingen, wenn die nachweislich strukturelle Unterfinanzierung der hessischen Kommunen endlich beseitigt wird.

Abhilfe kann hier nur die schwarz-grüne Landesregierung durch eine veränderte Finanzpolitik gegenüber den Kommunen schaffen!

Was wir nun erleben, ist genau das, wovor wir in den vergangenen Jahren des Sparens stets gewarnt haben: der Sparzwang des Schutzschirmprogramms hat einen gewaltigen Investitionsstau geschaffen, der uns nun sprichwörtlich auf die Füße fällt.

Dennoch müssen wir als politisch Verantwortliche den Spagat schaffen, trotz weiterhin begrenzter Mittel zumindest in Ansätzen auch solche Investitionen vorzusehen, die die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sichern. Hierzu gehören neben vielen anderen Bereichen z.B. auch Sport- und Bewegungsangebote für junge Menschen. Vor diesem Hintergrund verwundert es uns, dass gleich mehrere Fraktionen des Hauses heute offenbar die Streichung der Investition in Höhe von 60.000 € in eine Pumptrack-Anlage beantragen wollen, also eine der wenigen Investitionen überhaupt in diesem Bereich. Gleichzeitig gibt es eine solide Mehrheit, die sich für die völlig unnötige Ausgabe von 40.000 € stark macht, um die Versickerungsgruben am Königsacker zuzuschütten. Dies sind geradezu irrwitzige Kosten für eine zumindest fragwürdige Maßnahme. Diese verfehlte politische Schwerpunktset-

zung wird -davon sind wir überzeugt- nicht nur in unserer Fraktion Kopfschütteln auslösen.

Der guten Ordnung halber werde ich auf diesen Punkt sowie auf weitere Änderungsanträge der anderen Fraktionen erst dann weiter eingehen, wenn diese von den Antragstellerinnen begründet wurden.

Die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2020 zustimmen.

Lassen Sie mich abschließend noch meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mit Bürgermeister Matthias Baaß an der Spitze richten, die den Entwurf für uns erarbeitet und erläutert haben.“

UBV-Fraktionsvorsitzender Benz hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Wieder einmal liegt in wenigen Tagen ein bewegtes Jahr hinter uns. Und wieder ist ein Jahr vergangen, das uns einige Überraschungen bescherte.

Ein Hauptereignis des Jahres war sicherlich die Wahl des neuen 1. Stadtrates. Eine nicht einfach zu schulternde Aufgabe für einen, wenn auch langjährigen, Kommunalpolitiker. Dessen bewusst, wünschen wir ihm bei den anstehenden Aufgaben und Entscheidungen eine glückliche Hand zum Wohle der Viernheimer Bürger und ihm selbst die notwendige Nervenstärke, Ausdauer und Gesundheit.

Dem neuen Fraktionsvorsitzenden der CDU wünschen wir die Gradlinigkeit und Verlässlichkeit seines Vorgängers.

Die zurückliegenden Monate haben wieder intensive kommunalpolitische Anstrengungen gekostet, aber an dieser Stelle möchte ich keine Vergangenheitsbewältigung betreiben, sondern vorausschauend auf den Haushaltsplan 2020 eingehen.

Das Gesamtwerk verdient einen hohen Respekt an alle, die sich akribisch um die Einzelpunkte gewidmet haben, wenn wir auch nicht in allen Belangen unsere Zustimmung erteilen können.

Aus unserer Sicht liegen immer noch einige Punkte im Argen, die sich im neuen Haushalt 2020 wiederfinden:

Der Stadtbetrieb und die Funktionen innerhalb des Betriebes bleiben für uns nach wie vor nicht zufriedenstellend. Die jährliche Bezuschussung und der Verlustausgleich durch die Stadt Viernheim haben wir wiederum im Haushaltsentwurf nachzulesen. Im Wirtschaftsplan erkennen wir, dass die Stundensätze ab 2020 erhöht wurden. Diese liegen nun im Vergleich zu Fachhandwerkerstunden deutlich höher. Mir fällt dazu der Spruch „rechte Tasche, linke Tasche“ ein.

Wir wünschen uns nur, dass der neue 1. Stadtrat hier eine effizientere Richtungsänderung bewirken wird.

Eine weitere Hinterlassenschaft von Herrn Bolze beschäftigt derzeit nicht nur uns Kommunalpolitiker, sondern auch viele interessierte Bürger, nämlich die sogenannten Sickergruben am Königsacker. Man sieht, zu welchen Problemen es führt, wenn man die beschlossenen Maßnahmen nicht zeitnah umsetzt und sich vornimmt sie auszusitzen.

Wir konnten beobachten, wie ein enormer Aufwand zur Verschönerung ausschließlich dieser 2 Mulden betrieben wurde, ohne je die anderen unzähligen und verkommenen Baumscheiben und Sickerflächen im Stadtgebiet überhaupt einmal ins Visier zu nehmen und dort auch mal Hand anzulegen.

Das fast zweijährige Dahinschleppen des Beschlusses wird zusätzlich eine Menge Kosten verursachen, die wir ausschließlich dem respektlosen Verhalten des ehema-

ligen 1. Stadtrates Herrn Bolze anlasten, da er einen eindeutigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, in Bolze-Terminologie „des Souveräns“, einfach und gezielt ignoriert hat.

Nun wird wohl demnächst dieses Projekt angegangen und abgearbeitet. Unabhängig davon, wie sich dort eine Parksituation entwickeln wird, die Verkehrssicherheit wird auf jeden Fall um Einiges verbessert und eine Gefahrenstelle für alle Verkehrsteilnehmer beseitigt.

Genau dieses war und ist unsere Zielsetzung, ohne eine geschaffene Versickerungsmöglichkeit zu zerstören. Von zusätzlichen Parkplätzen kann keine Rede sein, es wird nur der ungefährlichere Zustand, wie dieser war, wiederhergestellt.

Dass uns die Versickerung am Herzen liegt, erklären wir ja mit unseren Anträgen, die wir im Anschluss an dieser Haushaltsdebatte noch behandeln werden. Ich möchte Sie da herzlich darum anhalten, diese Gedanken mit uns zu teilen und sie zu unterstützen.

Einige der im Haushalt vorgesehenen Maßnahmen finden derzeit nicht unsere Zustimmung und sollten vorläufig aus der Planung herausgenommen werden. Darunter fallen die Straßensanierungsmaßnahmen am „Neuen Weg“. Diese vom Hauptverkehrsfluss weniger tangierte Straße ist unserer Ansicht nach noch ohne diese hohe Investition von 230 T€ befahrbar und kann daher bis auf weiteres zurückgestellt werden.

Auch die wohlbedachte Pumptrackanlage in Familiensportpark-West ist nach unserer Auffassung derzeit verzichtbar und sollte bei einer späteren Planung jedoch erneut angefasst werden. Sich mehr Gedanken über einen möglichen Fahrrad- und/oder Fußweg vom und hin zum Sportpark zu machen, wäre eher angebracht als eine Anlagen-Erweiterung.

Die Fahrradständer am Stadion lassen sich sicherlich durch geeignete Sponsoren verwirklichen und sollten keine Maßnahme im Haushalt darstellen.

Die Baumpflanzungen in den „Kleinen Neuen Äckern“ sind ebenso zu einem späteren Zeitpunkt neu zu bewerten, da eine Einstellung in den Haushalt derzeit eine recht hohe Belastung darstellt. Eine Anwohnerbefragung über die Notwendigkeit weiterer Anpflanzungen, zusätzlich zu den bestehenden Bäumen hinaus, erscheint uns angebracht und sinnvoll. Danach ließe sich mit Sicherheit eine vernünftige Lösung gemeinsam ausarbeiten.

Wir stellen zu diesen vier Punkten jeweils einen Änderungsantrag zur Herausnahme aus dem Haushalt 2020.

Unser Standpunkt zu dem Kreisverkehrspunkt L3111/Wiesenstraße ist unverändert. Wir sind überzeugt durch geeignete Sanierungsmaßnahmen an den bestehenden Brücken Vie01 und 02 anstatt eines neuen Kreisverkehrsknoten ansehnlich hohe Ausgaben sparen zu können, ohne an der Verkehrssicherheit irgendwelche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Die Mittel, die hier gespart werden, wären an anderen Stellen wahrlich sinnvoller anzulegen.

Nach der Darstellung der Kämmerei über die „Auswirkungen von Investitionen auf die Haushalte kommender Jahre“ am vergangenen Donnerstag in der Haupt- und Finanzausschusssitzung sind solche großen Ausgaben zu überdenken. Hier sehen wir ausreichend Potenzial, Kosten zu reduzieren.

Die Planung und Ausführung einer Kreisverkehrsregelung an der Weinheimer-/ Karl-Marx-Straße finden wir indes als eine notwendige und durchdachte Entscheidung, die unsere Zustimmung findet.

Was das Thema Bannholzgraben II angeht, hoffen wir, dass die verwaltungstechnischen Belange nach den vielen Diskussionen endlich ein Ende finden und die Veräußerung von Grundstücken beginnen kann. Danach könnte die weitere Entwicklung des Baugebietes Nord-West II vorangetrieben werden.

In Sachen Kindertagesstätte „Lorscherstraße“ sind wir auf die weiteren Entwicklungen gespannt. Offensichtlich wird der kalkulierte Kostenrahmen nicht einzuhalten sein. Wir hoffen nicht auf ungeahnte Überraschungen. Sicher werden wir bald mehr erfahren.

Der Herr Bürgermeister hat kürzlich angekündigt, dass die Umsetzung der Straßenbeitragssatzung nunmehr in absehbarer Zeit zur Anwendung anstehen wird. Sicherlich wird es darüber noch lebhafte Diskussionen geben, an denen wir uns im Sinne der Bürgerschaft beteiligen werden. Dies insbesondere bei den anstehenden Sanierungsmaßnahmen im Bereich Stadtteil West, Saarlandstraße / Königsacker / Kreuzstraße. Die bisher vorgelegte Planung erfordert, insbesondere nach der öffentlichen Bürgerbeteiligung, einiges an Korrekturen, da allein der Wegfall von nahezu 30% der Parkplätze in der Saarlandstraße zu heftigen Diskussionen geführt hat.

Die abstrusen Argumente für diese Planung, „die Leute sollen in die Seitenstraßen ausweichen / die Leute sollen ihre Fahrzeuge veräußern / sollen auf Alternativen umsteigen und, und, und“ lassen bei uns das ungute Gefühl aufkommen, dass die Planung etwas an der Realität vorbei geführt hat. Wie argumentierte gerne unser ehemaliger 1. Stadtrat? „Hier muss etwas nachjustiert werden“.

Die Neuausrichtung der hessischen Heimatumlage und die nicht auszuschließenden Gewerbesteuerückzahlungsrisiken wegen Verlegung einer Firmengruppe nach Baden-Württemberg sowie die möglichen Konsequenzen aus der Innenstadtsanierungsumlage lassen uns sorgenvoll in die Zukunft schauen.

Leider gilt hier der Spruch sinngemäß „vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand“. Wir hoffen, dass die Stadt Viernheim einigermaßen erträglich und unbeschadet aus diesen Vorgängen herauskommen wird.

In Sachen Rathaussanierung gab es leider keine nennenswerten Fortschritte. Durch die extrem zähe Entwicklung in der Ausschussarbeit drohen uns weitere Kostensteigerungen, die die Umsetzung der dringend erforderlichen Maßnahmen immer weiter in die Ferne zu rücken zwingen.

Hier sind alle Mitglieder des Ausschusses und der Ausschussvorsitzende zu effizienterem Handeln aufgefordert. Dabei sollte es unter Umständen nicht verboten sein, machbare und kostengünstigere Ausführungs- und Erstellungsvarianten zu ermitteln.

Ein ausgeglichener Haushalt in den kommenden Jahren, um künftige aufsichtsbehördliche Genehmigungen für weitere Kreditaufnahmen zu erlangen, ist unser oberstes Ziel.

Es gibt sicherlich noch viele Punkte, die hier angesprochen werden könnten, die ich aus Zeitgründen nicht aufführe, die wir aber in der kommenden Periode ausführlich behandeln werden.

Auch in diesem Jahr möchte ich aber nicht unerwähnt lassen, dass wir auf die soziale und kulturelle Arbeit in unserer Stadt mit allen Vereinen und Institutionen stolz sein

können, die wir gerne und jeder Zeit in vollem Umfang unterstützen und künftig auch unterstützen werden.

An dieser Stelle möchte ich meine Rede zu Ende bringen, mit einem aufrichtigen Dank an die gesamte Verwaltung und an den Magistrat der Stadt Viernheim, für Ihren unermüdlichen Einsatz für die bürgerlichen Belange, nicht zuletzt auch mit einem herzlichen Dank an die vielen Viernheimer, die unsere Arbeit schätzen und uns mit ihren Anregungen stets begleiten.

Dank aber auch an alle fairen Mitstreiter in allen Gremien für die gemeinsamen Diskussionen und sachlichen Auseinandersetzungen zum Wohle unserer Stadt und unsere Bürger.“

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Winkenbach hielt folgende Rede zum Haushalt:

„Wir haben einen HH vor uns liegen, an dem zumindest ein Schwerpunkt nationaler Diskussionen nahezu spurlos vorübergeht. Nach zwei besonders trockenen Sommern in Folge nahm die Klimadiskussion richtig Fahrt auf und die Forderungen nach Engagement im Klimaschutz auf allen Ebenen wurden immer häufiger. Viele Angehörige der jüngeren Generation (nicht nur CDU-Schreck Rezo) sehen sich von der bisherigen Politik nicht mehr vertreten und werden lauter – vor allem auf der Straße. FFF war schon laut, ER (Extinction Rebellion) noch lauter, vor allem erstmals mit Verkehrsblockaden, was kommt danach? Wir Grünen setzen seit jeher auf überzeugende Argumente und so soll es auch bleiben. Wir sehen uns in der Verantwortung: Pariser Abkommen und auch ohne das! Warten bis ein anderer, größerer Klimakiller mit spürbaren Maßnahmen anfängt – die USA z. B.? Kehren wir vor unserer eigenen Haustür! Wir Deutsche mit (unserem 1% - Anteil an der Weltbevölkerung,) einem Emissionsanteil von 2% und einem unverschämt hohen Pro-Kopf-Ausstoß von CO² haben ein enormes Potential, dies mit neuen Ideen für den privaten und öffentlichen Bereich und weltmarktrelevanten Technologien zu ändern. Wir Viernheimer Grüne sehen uns in der dringenden Pflicht, Ideen auf der kommunalen Ebene in Projekte einzubringen und Umsetzungen anzumahnen. „Viernheim soll Fahrradstadt werden“ ist eine solche Idee, keine neue, aber erstmals dieses Jahr vom BGM vorgetragen. Der Haken dabei: Mit 20.000 € für „Radwegenetz und Markierungen“ läuft genau gar nichts. Die Region bereitet sich auf Fahrradmobilität vor, aber in Viernheim große Worte, keine Taten - Fehlanzeige eins. Bleibt die Hoffnung, dass der teure Nahmobilitätscheck wenigstens die Landesmittel fließen lässt. Idee Kettelerstraße? Es muss etwas passieren. Unsere Nachbarstadt Mannheim hat zu drastischeren Maßnahmen gegriffen.

Ganz langsam nimmt die E-Mobilität Fahrt auf. Zu Recht wegen der Rohstoff- und der Energiequellenproblematik als alleiniges Allheilmittel umstritten, muss und wird sie ihren Platz in der lokalen und regionalen Mobilität finden. Ein Anfang ist gemacht – unser Ordnungsamt ist elektrifiziert und wir haben zwei Ladestationen in der Tiefgarage Spitalplatz. Weitergehen muss es unseres Erachtens mit weiteren Ladestationen im öffentlichen Raum, sichtbar und auffindbar.

Stadtklima: Für unsere Gäste aus Rovigo waren wir immer (oder sind es immer noch) die città verde. Es war immer schön, diese Rückmeldung zu erhalten. Aber reicht dieses Grün? Für die Optik gewiss und für etwas gehobene Lebensqualität! Als Mittel zur Begrenzung der Aufheizung des Stadtgebiets nur bedingt. Vorhandenes Grün in Anlagen, Straßen und im privaten Bereich in der Stadt muss erhalten bleiben und aufgewertet werden. Für den Zielkonflikt zwischen Bauen und Erhaltung von Vorgärten und Gärten muss ein Kompromiss gefunden werden. Es kann nicht so weitergehen wie bisher, wo viele Grundstücke extrem dicht bebaut werden und für

Grün und Wasserversickerung wenig bis kein Platz bleibt. Für den eigenen Bereich muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Ein abgestorbener Baum nach einem Trockensommer ist einer zu viel. Die Verdunstung der Pflanzen mildert die Aufheizeffekte im Sommer; deswegen Grünmasse her – pflanzen was und wo es nur geht.

Soweit zu unserem Schwerpunkt einer fehlenden Perspektive im Klima-, bzw. Umweltschutz. Mögen die beantragten Stellen im Brundtlandbüro bald Abhilfe schaffen helfen.

Nun hat der HH aber noch mehr zu würdigen. Nach den formalen Bedingungen der HGO ausgeglichen, kein Haushaltssicherungskonzept notwendig, das liest sich gut. In vielen Unterpositionen konnten wir Erhöhungen feststellen: bauliche Unterhaltungen, Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen 300.000 € mehr, eine deutliche Erhöhung des Zuschusses „Pakt für den Nachmittag“ – auch gut. Die bauliche und soziale Infrastruktur der Stadt muss erhalten bleiben. Der Musikschule - einerseits auf Steinway-Niveau – wünschen wir baldige Behebung der Personalprobleme im Elementarbereich. Man spürt einen leichten Spielraum auch an der Zahl 500.000 € - Tivolipark. Wie lange war der Tisch, über den diese für so viele Bürger wichtige Investition geschoben wurde?

Ein Damoklesschwert hängt allerdings bereits jetzt sichtbar über uns und den folgenden Haushaltsjahren. Zwei Rieseninvestitionen stehen an und ihre Finanzierung ist nicht gesichert. Zum einen die Rathaussanierung mit ihren rasant steigenden Kosten, zum zweiten der Kanalbau, der den Abwassergebührenbescheid der Bürger deutlich verändern wird. Die Beschlüsse sind gefasst, wir Grünen bleiben dabei, weil wir von Fachplanern hören mussten, dass auch viele kleine private und öffentliche Maßnahmen keinen Schutz vor Überflutungen im Stadtgebiet darstellen. Private Maßnahmen zur Versickerung von Dachflächenwasser und entsprechende offene Hof- und Parkplatzgestaltung können als Beitrag für die Dämpfung der Gebührenanstiege – nicht nur als Maßnahme für den Umweltschutz – beworben werden. Wir tun dies schon lange, aber wir sehen auch die Verwaltung in der Pflicht.“

Anschließend begründete er die Anträge seiner Fraktion:

Schon Ende 2018 habe man die Umgestaltung des Hubertusplatzes beschlossen. Man wolle 60.000 € für diesen Zweck in den Haushalt einstellen, die man bei der Position „Ausbau der Feldwege“ einsparen wolle.

Da man zukünftig deutlich mehr Elektrofahrzeuge erwarte, brauche man auch im öffentlichen Raum mehr sichtbare Ladestationen. Dies könne natürlich auch die Stadtwerke GmbH übernehmen.

Zur Position 13.5510.01 „Öffentliche Anlagen“ sagte er, dass diese eigentlich deutlich mehr Geld ausweisen sollte. Es handle sich beim Antrag um Aufträge, wie man das Geld verwenden solle. Wichtige Punkte seien die öffentliche Darlegung (im Ausschuss), wie bisher den Ausnahmesituationen trockener Sommer begegnet wurde (Einsätze von Stadtbetrieb, Feuerwehr usw.) und was noch getan werden könne, um die Anstrengungen zum Erhalt von Stadtgrün zu ergänzen und zu verbessern (Aufrufe an die Bürgerschaft, Baumpatenschaften, verstärkter Einsatz von Wassersäcken, Fremdvergabe usw.).

Schwerpunkt solle die Werbung in der Öffentlichkeit und die Einbindung der Bürgerschaft sein.

FDP-Fraktionsvorsitzender Jünemann dankte zunächst der Verwaltung für die gut aufbereiteten Sitzungsunterlagen im vergangenen Jahr und insbesondere dem Kämmereiamt für die Vorbereitung der Haushaltsberatung. Anschließend hielt er folgende Rede zum Haushalt:

2019 war ein durchwachsenes Jahr.

Neben den Höhepunkten - der Wahl von Bastian Kempf zum Ersten Stadtrat und der Aufnahme der Städtepartnerschaft mit Mława – gab es leider auch einige Entscheidungen der „Vernemer GroKo im Panikmodus“, die unseren schon angespannten Haushalt unnötig belasten.

Da gab es zunächst einen Schnellschuss in Sachen Kindertagesstätte. Die überhasstete Entscheidungsfindung wäre uns vielleicht erspart geblieben, wenn es – entgegen der anders lautenden Behauptung des Bürgermeisters - einen Kindertagesstätten-Bedarfsplan gemäß § 30 HKJGB geben würde, der eigentlich schon im Jahr 2007 aufgestellt und seitdem fortgeschrieben hätte werden müssen.

Stattdessen wurde mit Unterstützung der Kreisverwaltung, die damit nach der Methode - „Haltet den Dieb“ – von sich als verantwortliche örtliche Trägerin der öffentlichen Jugendhilfe abgelenkt hat, das Szenario eines Millionenschadens aufgebaut, das bei etlichen Stadtverordneten zu panikartigem Verhalten geführt hat. Dies gipfelte darin, einem Sportverein als Kompensation für die Inanspruchnahme eines Fußballfeldes als Bauplatz eine Kompensation in Höhe von mindestens einer halben Million EURO zu versprechen. Nun wird auf Initiative der CDU nach Sponsoren gesucht, die diesen Betrag aufbringen sollen, weshalb er im Haushaltsplan nicht auftaucht.

Wir können wohl froh sein, dass diese Posse noch nicht in einer Satire-Show aufgetaucht ist unter der Überschrift: „Viernheimer GroKo sucht großzügige Sponsoren, die ihren Haushaltsbeschluss bezahlen!“

Als nächstes folgte die Verabschiedung der nächsten Version eines Klimaschutzkonzepts; leider garniert mit dem Beschluss, dazu 2 weitere Mitarbeiter für das Brundtlandbüro für die kommenden 10 Jahre einzustellen, die sich u.a. mit der Konzeption alternativer Lebensformen befassen sollen. Das Klimaschutzkonzept ist eine Ansammlung von Appellen, Hypothesen und Hochrechnungen für die Metropolregion. Konkrete Entlastungen für Viernheim bzw. den Viernheimer Haushalt sind damit auch gar nicht beabsichtigt.

Durch die zusätzlichen Brundtlandbüromitarbeiter wird noch kein einziges Gramm CO² eingespart. Der Einstellungsbeschluss ist ein ungedeckter Wechsel, der auf den Viernheimer Haushalt gezogen worden ist. Eine Zuschussmöglichkeit besteht nur für die ersten Jahre für einen Teil der Personalkosten. Ein Stellen-Anforderungsprofil ist noch nicht bekannt. Dementsprechend sind bisher weder die Kosten budgetiert, noch sind die Stellen im Stellenplan ausgewiesen. Die Anfrage der UBV danach ist nur folgerichtig.

Die Mittel, die dafür aufgewendet werden müssen, wären in konkreten Klimaschutzmaßnahmen besser aufgehoben.

Als erstes ist dabei das sanierungsbedürftige Rathaus zu nennen, dessen verheerende Energiebilanz seit Jahren eine Schande für eine Brundtlandstadt ist. Die fast unzumutbaren Arbeitsbedingungen - im Sommer zu heiß, im Winter eiskalt – bedürfen seit vielen Jahren der Abhilfe und machen die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin nicht gerade attraktiv. Statt die Fußgängerzone für viele Millionen mit hochempfindlichen Steinen zu pflastern und ein überteuertes Wasserspiel zu installieren, das noch nicht einmal mit den notwendigen Markierungen zum Schutz von Sehbehinderten ausgestattet ist, hätte man sich in früheren Jahren eher um das Herz der Stadt kümmern sollen. Nun sind die Kosten davongaloppiert.

Ebenso dringend ist der Entlastungskanal, der die Überflutung der Innenstadt bei Starkregenereignissen abwenden soll. Die entsprechenden Bilder der vergangenen Jahre sind wahrscheinlich noch allen präsent.

Allein diese beiden Maßnahmen sind mit dem vorgelegten Haushalt und einer unveränderten Fortschreibung in den Folgejahren nicht zu stemmen. Hinzu kommen weitere notwendige Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen an zahlreichen Brücken und Straßen.

Die Kritik, dass Bund und Land die Kommunen mit ständig steigenden Pflichtaufgaben betrauen, ohne gleichzeitig für eine ausreichende Finanzausstattung zu sorgen, ist mehr als berechtigt. Hier wird das in der hessischen Verfassung auf Initiative der FDP verankerte Konnexitätsprinzip beständig missachtet. Ich fürchte jedoch, dies wird auch in Zukunft nicht besser werden.

Umso mehr ist es unsere Aufgabe, sparsam zu wirtschaften und Ausgaben, die wir uns eigentlich nicht leisten können, zu unterlassen. Im Vorbericht wird der Grundsatz der stringenten Sparsamkeit zu Recht betont. Leider scheint dies nicht bei allen Stellen im Haus angekommen zu sein.

Eine Pumptrack-Anlage und die Steigerung eines Veranstaltungsbudgets um 130 Prozent sind die falschen Signale. Bildlich gesprochen sind dies Verzierungen auf einer Torte, während wir noch nicht einmal wissen, ob wir in den kommenden Jahren genug Mehl haben werden, um Brot zu backen.

Statt den Familiensportpark West mit einer kreditfinanzierten Maßnahme aufzuhübschen, sollten wir uns zunächst einmal um die Nutzbarkeit des Bestands, insbesondere der Harbig-Halle, kümmern. Der alljährliche Ansatz von 100.000 EURO für Instandhaltungsmaßnahmen bei allen Sportstätten wird nicht ausreichen, um die Harbig-Halle so weit zu sichern, dass ein Sportbetrieb wieder möglich sein wird. Die FDP-Fraktion beantragt daher eine Aufstockung auf 200.000 EURO für das kommende Jahr. Welche Mittel dann für eine vermutlich notwendige Sanierung des Dachs aufzuwenden sein werden, müssen die notwendigen Untersuchungen und Planungen erst noch erweisen. Auch für die damit verbundenen Kosten ist die Erhöhung des Planansatzes erforderlich.

Um das runde 25-jährige Jubiläum des Frauen- und Gleichstellungsbüros zu feiern, wurden weniger als 5.000 EURO benötigt. Demgemäß sind 5.000 EURO für das unrunde 30-jährige Jubiläum im Jahr 2020 mehr als ausreichend.

Ob wir uns solche Ausgaben in den nächsten Jahren überhaupt noch leisten können, ist mehr als fraglich. Zur Finanzierung der notwendigen Infrastrukturmaßnahmen müssen wir in den kommenden Jahren jährliche Überschüsse im Finanzhaushalt zwischen einer und zwei Millionen EURO erzielen. Danach sieht es nach dem Finanzierungsszenario, das Frau Rohrbacher uns in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung vorgestellt hat, leider überhaupt nicht aus. Im Gegenteil, uns drohen in den kommenden Jahren Verluste in gleicher Höhe.

Die einfachste Möglichkeit, die Einnahmen durch Steuererhöhungen zu steigern, kommt für uns Freidemokraten so lange nicht in Betracht, wie der Haushalt nicht konsequent nach Pflicht und Kür analysiert worden ist. Welche Kürausgaben wir uns noch leisten können oder wollen, darüber werden wir zu diskutieren haben.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf hat uns in dieser Hinsicht jedenfalls nicht überzeugt. Mit unseren Anträgen dazu kratzen wir vermutlich auch nur an der Oberfläche. Eine eingehende Analyse ist nur den Dezernenten möglich.

Hinzu kommt, dass aus unserer Sicht einige Kosten oder drohende Ausgaben nicht ausreichend dargestellt worden sind. Neben den zuvor angesprochenen Geldern für den TSV-Amicitia und die neuen Brundtlandbüromitarbeiter sind dies insbesondere auch drohende Gewerbesteuerrückzahlungen in Millionenhöhe. Die Lage erscheint planmäßig besser, als sie es aus unserer Sicht tatsächlich ist.

Wir Freidemokraten werden dem Haushalt in der vorgelegten Fassung daher nicht zustimmen.“

1. Stadtrat Kempf informierte zu einzelnen Anträgen:

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden**

Der Zustand der Straße werde nicht besser. Das DSK-Verfahren sei bereits nicht mehr anwendbar. Wenn man bald tätig werde, sei die vorgeschlagene Lösung noch möglich. Falls man länger warte, müsse eine grundhafte Sanierung durchgeführt werden.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“ 145.000 € - Streichung des Ansatzes**

Das Einsparpotential sei hier gering, da man die Erschließungsbeiträge bereits erhalten habe. Wenn man den Bebauungsplan ändere und auf Baumpflanzungen (die Ausgleichsflächen seien) verzichte, müsse man das Geld zurückzahlen. Sicher könne man über die Baumstandorte mit den Anwohnern und in den Gremien sprechen.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden**

Zum Vorwurf von Ehrenstv. Winkenbach, dass zu wenig Geld in den Radverkehr investiert werde, erwiderte er, dass eine entsprechende Vorlage in Vorbereitung sei und verwies auf die Machbarkeitsstudie zum Thema Radschnellwegeverbindung.

Anschließend gab es zwischen 18:10 Uhr und 18:40 Uhr eine Sitzungspause zur fraktionsinternen Beratung.

Stadtverordneten-Vorsteher Schübeler informierte, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag, 10.000 € für die Aktion „Viernheimer retten Leben“ einzustellen, zurückzieht.

Anschließend gaben die Fraktionen ihre Stellungnahmen zu den Anträgen der anderen Fraktionen ab:

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer sagte zu den Anträgen:

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion:
08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**
- **Antrag der CDU-Fraktion:
die Mittel (08.4240.01 2020INV005 60.000 €) sollen umgewidmet werden für einen Winterrasenplatz im Familiensportpark**

Er verwies hierzu auf die Informationen der Verwaltung, die derzeit das Vorhaben prüfe. Das Thema sei noch nicht entscheidungsreif. Man würde es sehr bedauern, wenn man solch eine – im Vergleich – kleine Investition streiche, da man an der vorhandenen Naturanlage sehe, welche Bereicherung eine solche Anlage darstelle und wie stark sie genutzt sei – gerade auch von jungen Menschen.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden
(Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sperrvermerk bis zur Vorlage einer Priorisierung)**

Über diese Straßeninstandsetzung habe man auch diskutiert. Man folge aber den Argumenten des 1. Stadtrats, denn die Straße sei für das dort ansässige Gewerbe wichtig. Grundsätzlich interessiere die Fraktion aber, ob eine Priorisierung durchgeführt wurde und man stelle deshalb den **Änderungsantrag**, den Ansatz zwar beizubehalten, aber mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis eine Priorisierungsliste vorgelegt werde.

- **gleichlautender Antrag der CDU- und der UBV-Fraktion:
08.4240.01 2020INV006 Bau von Fahrradabstellplätzen 20.000 € - Streichung des Ansatzes**

Hier könne man sich anschließen. Er verwies auf ein Programm, dass Bundesinnenminister Seehofer angekündigt habe, um Sportstätten zu ertüchtigen. Evt. könne man hier Mittel erhalten, aber auch die Idee, Sponsoren zu gewinnen, sei gut. Es stelle sich aber auch die grundsätzliche Frage, ob Fahrradabstellplätze an dieser Stelle überhaupt sinnvoll wären.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**

Die Bedarfe seien wie in den Vorjahren mit den Trägern abgesprochen. Deshalb wolle man den Ansatz nicht streichen.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
11.5370.01 Abfallentsorgung – Erhöhung um 40.000 € zur „kostenfreien“ Möglichkeit, Windeln zu entsorgen**

Nach der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss müsse man feststellen, dass noch viele Fragen zu klären seien. Deshalb könne man aktuell nicht zustimmen.

- **Antrag der FDP-Fraktion:
08.4240.01 6161000 Sportstätten; Instandhaltung Gebäude, Außenanlagen (Bauunterhaltung) – Erhöhung des Ansatzes von 100.000 € auf 200.000 €**

Diesem Antrag der FDP-Fraktion könne man nicht zustimmen, da noch vollkommen unklar sei, was hier zu tun sei und welche Kosten anfallen könnten.

- **Antrag der FDP-Fraktion:
01.1110.03 6993014 Gleichstellung von Mann und Frau; Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung des zusätzlichen Ansatzes für das 30-jährige Jubiläum auf 5.000 €**

Es handle sich hier um ein überschaubares Budget, welches man beibehalten wolle. Man habe gemeinsam beschlossen, die Stelle weiterhin vorzuhalten und brauche deshalb auch Mittel, um etwas zu tun.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden**

Diesen Antrag lehne man ab, da er nicht nachvollziehbar begründet sei.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“
145.000 € - soll gestrichen werden**

In diesem Fall sei die Stadt in der Pflicht, die Erschließungsmaßnahme abzuschließen und damit umzusetzen, was beschlossen wurde. Man habe dies schon viel zu lange verschoben und es gebe leider keine vernünftige Alternative.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
12.5410.01 2009INV108 Ausbau der Feldwege – Reduzierung des Ansatzes um 60.000 €**
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Einstellung von 60.000 € zur Umsetzung des Antrages „Hubertusplatz“ aus der Sitzung vom 18.12.2018**

Es sei wichtig, die Infrastruktur zu erhalten. Deshalb habe man kein gutes Gefühl, den Ansatz zu reduzieren.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge**

Diesem Antrag könne man zustimmen. Da sich allerdings noch einige Fragen stellen (Welche Technik soll verwendet werden? Soll die Zurverfügungstellung des Stroms weiterhin kostenlos sein? Gibt es andere Anbieter, z.B. die Stadtwerke, die dies übernehmen können?), sollte man den Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen, bis man ein Konzept zur Förderung der E-Mobilität vorliegen habe.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Verwendung des Ansatzes in Höhe von 95.000 €**

Man sei der Ansicht, dass es sich dabei nicht um einen Antrag zum Haushalt handle, sondern um Vorschläge, die man im zuständigen Ausschuss diskutieren solle.

CDU-Fraktionsvorsitzender Scheidel sagte zu den Anträgen:

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion:
08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**
- **Antrag der CDU-Fraktion:
die Mittel (08.4240.01 2020INV005 60.000 €) sollen umgewidmet werden für einen Winterrasenplatz im Familiensportpark**

Er betonte, dass man hier nicht eine gegen eine andere Maßnahme ausspielen wolle. Man sehe den Winterrasenplatz auf dem Gelände der SG aber als dringender an.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden (Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sperrvermerk bis zur Vorlage einer Priorisierung)**

Die Maßnahme „Am Neuen Weg“ sehe man nicht als notwendig an.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**

Mit dem Beiblatt werde der Zuschuss bereits um 430.000 € gesenkt. Da man bereits wisse, dass man mehr Geld vom Land erhalte, könne man den Ansatz weiter senken, die Kindertagesstätten erhalten dennoch das benötigte Geld.

- **Antrag der UBV-Fraktion:**
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden

Diesen Ansatz wolle man belassen.

- **Antrag der UBV-Fraktion:**
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“ 145.000 € - Streichung des Ansatzes

Er verwies auf die Ausführungen des 1. Stadtrats. Es sollten aber Gespräche mit den Anliegern geführt werden.

- **Antrag der FDP-Fraktion:**
01.1110.03 6993014 Gleichstellung von Mann und Frau; Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung des zusätzlichen Ansatzes für das 30-jährige Jubiläum auf 5.000 €

Man halte den Ansatz für angemessen und werde dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 2009INV108 Ausbau der Feldwege – Reduzierung des Ansatzes um 60.000 €
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Einstellung von 60.000 € zur Umsetzung des Antrages „Hubertusplatz“ aus der Sitzung vom 18.12.2018

Zum Antrag aus der Sitzung vom 18.12.2018 wurde lediglich beschlossen, dass die Angelegenheit im Ausschuss diskutiert werden soll. Dies ist bislang nicht geschehen. Deshalb werde man dem Antrag nicht folgen.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge

Hier schlage man vor, die Stadtwerke damit zu beauftragen.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Verwendung des Ansatzes in Höhe von 95.000 €

Die Vorschläge könne man gerne im Ausschuss diskutieren.

Bürgermeister Baaß gab einen Hinweis zum

- **Antrag der CDU-Fraktion:**
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €

Es liegen bislang keine Bescheide zur zu erwartenden verbesserten Finanzierung durch das Land vor. Im Vorgriff darauf habe sich die Verwaltung getraut, 430.000 € anzusetzen, aber der Verwaltung liegen bislang keine genaueren Zahlen vor. Wer das Budget noch weiter kürze, tue dies mit diesem Wissen.

UBV-Fraktionsvorsitzender Benz sagte zu den Anträgen:

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion:
08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**

Die Streichung tue weh, aber das tue jede Streichung.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden
(Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sperrvermerk bis zur Vorlage einer Priorisierung)**

Die Straße sei ausbesserungsbedürftig, die Maßnahme aber noch verschiebbar. Das Geld könnte bei der Rudolf-Harbig-Halle besser aufgehoben sein.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**

Man werde sich enthalten.

- **Antrag der FDP-Fraktion:
08.4240.01 6161000 Sportstätten; Instandhaltung Gebäude, Außenanlagen (Bauunterhaltung) – Erhöhung des Ansatzes von 100.000 € auf 200.000 €**

Er verwies auf den Antrag der CDU. Falls man die Maßnahme „Am Neuen Weg“ schiebe, sei das Geld vorhanden.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden**

Er stellte die Frage, warum es nun eine extra Position dafür gebe, wo dies doch schon seit Jahren ohnehin durchgeführt werde.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“ 145.000 € - Streichung des Ansatzes**

Der Bebauungsplan bestehe mit den Festsetzungen, diesen Ausgleich zu schaffen. Es gebe bereits einige Bäume in diesem Gebiet. Man sollte darüber nachdenken, die Anwohner einzubinden.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge**

Man sollte dies jemandem überlassen, der sich damit auskennt, z.B. den Stadtwerken.

Der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Winkenbach nahm Stellung zu den Anträgen:

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion:
08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**
- **Antrag der CDU-Fraktion:
die Mittel (08.4240.01 2020INV005 60.000 €) sollen umgewidmet werden für einen Winterrasenplatz im Familiensportpark**

Mit der Streichung der Maßnahme sei man nicht einverstanden. Der Winterrasenplatz sei ein berechtigtes Projekt, aber noch nicht entscheidungsreif.

- **gleichlautender Antrag der CDU- und der UBV-Fraktion:
08.4240.01 2020INV006 Bau von Fahrradabstellplätzen 20.000 € - Streichung des Ansatzes**

Diesem Antrag könne man sich anschließen.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**

Hier gehe es um das Prinzip. Deshalb habe man erhebliche Probleme, dem Antrag zu folgen.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
11.5370.01 Abfallentsorgung – Erhöhung um 40.000 € zur „kostenfreien“ Möglichkeit, Windeln zu entsorgen**

Man habe nach der Beratung im Ausschuss den Eindruck gehabt, dass die Bedenken, auch bei den Antragstellern, eher größer geworden seien.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden
Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sperrvermerk bis zur Vorlage einer Priorisierung
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Sperrvermerk für den eigentlichen Ansatz bis klar ist, ob und in welcher Höhe Mittel für die Rudolf-Harbig-Halle benötigt werden**
- **Antrag der FDP-Fraktion:
08.4240.01 6161000 Sportstätten; Instandhaltung Gebäude, Außenanlagen (Bauunterhaltung) – Erhöhung des Ansatzes von 100.000 € auf 200.000 €**

Man halte einen Sperrvermerk für den Ansatz für sinnvoll. Somit bleibe man flexibel und könne kurzfristig entscheiden, ob und für was man das Geld verwende.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden**

Der Betrag sei ohnehin eigentlich schon ein „Nullbetrag“ angesichts der anstehenden Aufgaben. Man werde den Antrag deshalb ablehnen.

- **Antrag der UBV-Fraktion:
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“ 145.000 € - Streichung des Ansatzes**

Er verwies auf die nachvollziehbare Argumentation der Verwaltung. Dieser schließe man sich an.

- **Antrag der FDP-Fraktion:
01.1110.03 6993014 Gleichstellung von Mann und Frau; Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung des zusätzlichen Ansatzes für das 30-jährige Jubiläum auf 5.000 €**

Diesen Antrag lehne man ab.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge**

Hier könne man mit einem Sperrvermerk und Verweis in den Ausschuss leben. Wenn am Ende der Beratung herauskomme, dass die Stadtwerke dies übernehmen können, wäre es gut. Den Betrag wolle man aber dennoch einstellen.

Auf Nachfrage von **Stv. Scheidel**, woher die 50.000 € kommen sollen, antwortete er, dass man, falls notwendig, den Ansatz für die Feldwege um weitere 50.000 € kürzen müsste.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Verwendung des Ansatzes in Höhe von 95.000 €**

Der Antrag sei als Appell an den zuständigen Ausschuss zu verstehen, sich endlich mit der Thematik, wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, zu befassen. Bei Punkt **4.1.3. „einen Wettbewerb „Gelungene private Beispiele zur Entsiegelung und Begrünung im Stadtgebiet“ durchzuführen. Hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € bereitgestellt.“** handle es sich aber um ein konkretes Anliegen, über welches abgestimmt werden sollte.

FDP-Fraktionsvorsitzender Jünemann führte zu den Anträgen aus:

- **Antrag der CDU-Fraktion:
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - soll gestrichen werden bzw. die Mittel zur Reparatur der Rudolf-Harbig-Halle umgewidmet werden
Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sperrvermerk bis zur Vorlage einer Priorisierung
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Sperrvermerk für den eigentlichen Ansatz bis klar ist, ob und in welcher Höhe Mittel für die Rudolf-Harbig-Halle benötigt werden**
- **Antrag der FDP-Fraktion:
08.4240.01 6161000 Sportstätten; Instandhaltung Gebäude, Außenanlagen (Bauunterhaltung) – Erhöhung des Ansatzes von 100.000 € auf 200.000 €**

Die Maßnahme „Am Neuen Weg“ sei nicht lange aufschiebbar, da die Straße als Entlastung während des Baus des Kreisverkehrsplatzes Wiesenstraße/L3111 gebraucht werde. Das größere Problem aktuell sei aber die Rudolf-Harbig-Halle, die eine größere Summe verschlingen werde.

Man ziehe den eigenen Antrag zurück.

- **gleichlautender Antrag der CDU- und der UBV-Fraktion:
08.4240.01 2020INV006 Bau von Fahrradabstellplätzen 20.000 € - Streichung des Ansatzes**

Hier gebe es sicher bessere Alternativen. Man werde dem Antrag zustimmen.

- **Antrag der CDU-Fraktion:
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**

Den Sachverhalt könne man nicht beurteilen.

- **Antrag der UBV-Fraktion:**
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“
145.000 € - Streichung des Ansatzes

Es sei sicher sinnvoll, sich mit den Anwohnern zu beratschlagen, aber man habe die Pflicht, diese Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen und damit die Erschließungsmaßnahme abzuschließen.

- **Antrag der FDP-Fraktion:**
01.1110.03 6993014 Gleichstellung von Mann und Frau; Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung des zusätzlichen Ansatzes für das 30-jährige Jubiläum auf 5.000 €

Für das 30-jährige Jubiläum sollte der gleiche Ansatz ausreichen wie beim 25-jährigen. Deshalb bleibe man bei dem Antrag.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 2009INV108 Ausbau der Feldwege – Reduzierung des Ansatzes um 60.000 €
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Einstellung von 60.000 € zur Umsetzung des Antrages „Hubertusplatz“ aus der Sitzung vom 18.12.2018

Dem könne man zustimmen.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge

Die FDP-Fraktion sei der Ansicht, dass es Sache der Stromanbieter und nicht der Stadt sei, Strom anzubieten. Die Stadt sei einzig dafür zuständig, Baurecht zu schaffen.

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Verwendung des Ansatzes in Höhe von 95.000 €

Hier handle es sich aus Sicht der FDP-Fraktion nicht um Anträge zum Haushalt, sondern um Themen, mit denen sich der Magistrat oder der zuständige Ausschuss befassen sollte. Bei dem Wettbewerb handle es sich eher um ein Preisausschreiben für die diejenigen, die in der Vergangenheit tätig wurden.

Stv. Kruhmann sagte zum

- **Antrag der CDU-Fraktion:**
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €,

dass es unverständlich sei, warum es vertretbar sei, 430.000 € zu reduzieren, aber keine 470.000 €, da das Land rd. 700.000 € zugesagt habe. Er betonte, dass man den Kindertagesstätten nichts wegnehme.

- **Antrag der CDU-Fraktion:**
11.5370.01 Abfallentsorgung – Erhöhung um 40.000 € zur „kostenfreien“ Möglichkeit, Windeln zu entsorgen

Von diesem Angebot würden Familien mit Kindern als auch mit pflegebedürftigen Angehörigen profitieren.

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion: 08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**
- **Antrag der CDU-Fraktion: die Mittel (08.4240.01 2020INV005 60.000 €) sollen umgewidmet werden für einen Winterrasenplatz im Familiensportpark**

Er erinnerte, dass das Thema bereits Anfang 2018 Thema im Ausschuss war. Man schlage vor, den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen, somit habe man ausreichend Zeit zur Beratung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Schäfer erinnerte zu den folgenden beiden Anträgen:

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: 12.5410.01 2009INV108 Ausbau der Feldwege – Reduzierung des Ansatzes um 60.000 €**
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: 13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Einstellung von 60.000 € zur Umsetzung des Antrages „Hubertusplatz“ aus der Sitzung vom 18.12.2018**

dass die Stadtverordnetenversammlung keinen Beschluss gefasst habe, sondern die Angelegenheit in den Ausschuss verwiesen hatte. Dort stehe die Beratung aus.

Ehrenstv. Ergler sagte zum

- **Antrag der CDU-Fraktion: Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €**
- und zum
- **Antrag der CDU-Fraktion: 11.5370.01 Abfallentsorgung – Erhöhung um 40.000 € zur „kostenfreien“ Möglichkeit, Windeln zu entsorgen,**

dass es eine gute Möglichkeit sei, mit einem vergleichsweise kleinen Betrag von 40.000 € Menschen zu helfen, die in einer schwierigen Situation seien. Es sei im Internet abrufbar, dass Viernheim einen Zuschuss von über 700.000 € in Aussicht gestellt werde. Dies sei auch Grundlage für die städtischen Gremien gewesen, dem Programm beizutreten.

Bürgermeister Baaß erinnerte, dass man die Gremien über die Positionen der Landesregierung und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes informiert habe. Es gebe noch keine Bescheide dazu. Es sei eine lange und gute Tradition, dass die Kämmerei und der zuständige Dezernent immer die Realität darstelle. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, dass es klar sei, dass das Geld komme. Man habe nur die Situation dargelegt, wie sie sei.

Anschließend wurde über die Änderungsanträge zum Haushalt abgestimmt:

- **gleichlautender Antrag der CDU-, der UBV- und der FDP-Fraktion: 08.4240.01 2020INV005 Pumptrack 60.000 € - Streichung des Ansatzes**

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: KuS, BVLA

- **Antrag der CDU-Fraktion: die Mittel (08.4240.01 2020INV005 60.000 €) sollen umgewidmet werden für einen Winterrasenplatz im Familiensportpark**

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen

Einzelauszug: KuS, BVLA

- **gleichlautender Antrag der CDU- und der UBV-Fraktion:**
08.4240.01 2020INV006 Bau von Fahrradabstellplätzen 20.000 € - Streichung des Ansatzes

Abstimmung: einstimmig, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: KuS, BVLA

- **Antrag der CDU-Fraktion:**
11.5370.01 Abfallentsorgung – Erhöhung um 40.000 € zur „kostenfreien“ Möglichkeit, Windeln zu entsorgen

Abstimmung: 22 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Einzelauszug: BVLA

- **Antrag der CDU-Fraktion:**
Betriebskostenzuschüsse für Kindertagesstätten – Reduzierung um 40.000 €

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen

Einzelauszug: Sozialamt

- **Antrag der CDU-Fraktion mit Änderungsvorschlägen der SPD- Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 6165001 Straßeninstandsetzungsmaßnahme „Am Neuen Weg“ 230.000 € - Sperrvermerk bis zur Klärung der Kosten für die Rudolf-Harbig-Halle; außerdem soll eine Priorisierungsliste der Straßensanierungen in Viernheim vorgelegt werden

Abstimmung: einstimmig, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU, BVLA

- **Antrag der UBV-Fraktion:**
12.5410.01 6165019 Radwegenetz/Markierungen 20.000 € - soll gestrichen werden

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU

- **Antrag der UBV-Fraktion:**
12.5410.01 2009INV098 Baumpflanzungen „Die Kleinen Neuen Äcker“ 145.000 € - Streichung des Ansatzes

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU

- **Antrag der FDP-Fraktion:**
01.1110.03 6993014 Gleichstellung von Mann und Frau; Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit – Reduzierung des zusätzlichen Ansatzes für das 30-jährige Jubiläum auf 5.000 €

Abstimmung: 10 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: Gleichstellungsbüro

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
12.5410.01 2009INV108 Ausbau der Feldwege – Reduzierung des Ansatzes um 60.000 €

Abstimmung: 5 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Einstellung von 60.000 € zur Umsetzung des Antrages „Hubertusplatz“ aus der Sitzung vom 18.12.2018

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Sperrvermerk):**
12.5410.01 – Einstellung von 50.000 € für weitere Ladestationen für E-Fahrzeuge - Sperrvermerk

Abstimmung: 32 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Einzelauszug: Brundtlandbüro, Stadtwerke

- **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:**
13.5510.01 Öffentliche Anlagen – Verwendung des Ansatzes in Höhe von 95.000 € - Punkt Punkt 4.1.3.: „Die Verwaltung wird beauftragt, einen Wettbewerb „Gelungene private Beispiele zur Entsiegelung und Begrünung im Stadtgebiet“ durchzuführen. Hierfür werden Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € bereitgestellt.“

Abstimmung: 27 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Einzelauszug: ASU

Beschluss zu TOP 1 a.:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2020 unter Berücksichtigung des Beiblatts und der sich evtl. durch beschlossene Anträge ergebender Änderungen.

Abstimmung: 38 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 1 b.:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt gem. § 101 Abs. 3 HGO das Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023 unter Berücksichtigung des Beiblatts und der sich eventuell durch beschlossene Anträge ergebenden Veränderungen.

Abstimmung: 36 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 4 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

2. Forum der Senioren

2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 des Viernheimer Forum der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 18.11.2019

2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Viernheimer Forums der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 18.11.2019

2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für das Viernheimer Forum der Senioren

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Forum der Senioren vom 18.11.2019

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Beschluss zu TOP 2 a:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss des Viernheimer Forums der Senioren für das Wirtschaftsjahr 2018 gemäß § 27 Absatz 3 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes wie folgt fest:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 des Viernheimer Forums der Senioren weist bei einer Bilanzsumme von 17.726.073,38 € einen Jahresüberschuss in Höhe von

289.467,34 €

aus.

2. Der Jahresüberschuss des Jahres 2018 in Höhe von

289.467,34 €

wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr zum **31.12.2018** wird in der vorliegenden Form festgestellt.

4. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 2 b:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2019 des Viernheimer Forums der Senioren die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH, Darmstadt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 2 c:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 10 Abs. 2 Ziffer 4 der Betriebsatzung den Wirtschaftsplan 2020 für das Viernheimer Forum der Senioren in der vorliegenden Form mit folgendem Feststellungsvermerk:

§ 1: Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 wird

- im Erfolgsplan

in den Erträgen auf	€ 6.900.256,00
in den Aufwendungen auf	<u>€ 6.846.077,00</u>
Jahresgewinn	€ 54.179,00

- im Vermögensplan

in den Einnahmen auf	€ 1.901.149,00
in den Ausgaben auf	€ 1.901.149,00

festgesetzt.

§ 2: Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2020 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 1.445.970,-- € festgesetzt.

§ 3: Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4: Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf € 1.000.000,-- festgesetzt.

§ 5: Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2019 beschlossene Stellenübersicht.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: 1 (Wirtschaftsplan 2020)

3. Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen

3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 für den Stadtbetrieb Viernheim und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2018 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 21.11.2019

3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für den Stadtbetrieb Viernheim

Bezug: Vorlage des Eigenbetriebs Stadtbetrieb vom 22.11.2019

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Ehrenstve. Haas sagte, dass man nach einem Defizit in 2019 mit einem kleinen Plus in 2020 rechne, falls die Erwartungen eintreffen. Dies sei aber nur durch eine Erhöhung der Stundensätze zu erreichen, die u.a. auch durch die allgemeinen Tarifierhöhungen usw. notwendig wurden. Tatsächlich verstecken sich insbesondere im überdurchschnittlich hohen Krankenstand, der weit über dem Bundesdurchschnitt liege, hohe Kosten. Hier müsse die Betriebsleitung zusätzliche Motivation schaffen, um die negativen Produktivstunden zu reduzieren. Zudem sollte man sich mit Stadtbetrieben anderer Kommunen zusammensetzen, um Veränderungsmöglichkeiten zu finden.

Ehrenstv. Quarz sagte, dass der Erfolgskurs gestoppt sei, da der Fehlbetrag nicht weiter abgebaut werden konnte. Auf der einen Seite stehen die gestiegenen Erlöse, auf der anderen der hohe Ausfall durch Krankheit. Im Bereich Friedhöfe sei wegen der nicht-umlagefähigen Kosten ein Ausgleich nicht absehbar. Der Rechnungsprüfer habe einen uneingeschränkten Prüfungsvermerk ausgestellt, es gab keinerlei Beanstandungen. Im Wirtschaftsplan zeige die Kurve wieder nach oben, auch wenn die Neuanschaffungen, u.a. von Fahrzeugen, eine Kreditaufnahme erfordern.

Beschluss zu TOP 3 a:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt gem. § 9 Ziffer 11. der Betriebssatzung für den Stadtbetrieb Viernheim - Dienstleistungen und entsprechend § 27 Ziffer 3 des Eigenbetriebsgesetzes den durch Herrn Thomas Aumüller geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2018 mit Lagebericht und Erfolgsübersicht des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen fest.
2. Der durch eigene Erträge/Erlöse sowie durch den Abschlag der Stadt auf den Verlust Friedhöfe (nicht umlagefähige Kosten in Höhe von € 315.810,00) für das Wirtschaftsjahr 2018 nicht gedeckte Jahresfehlbetrag von € 327.918,73 ist mit Haushaltsmitteln der Stadt auszugleichen.
3. Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 und über die Behandlung des Jahresergebnisses (Jahresfehlbetrag) ist in ortsüblicher Form bekannt zu geben.

Abstimmung: Einstimmig, 2 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zu TOP 3 c:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 der Betriebssatzung des Stadtbetriebes Viernheim den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 des Stadtbetriebes Viernheim - Dienstleistungen in der 2. Fassung vom 20.11.2019.

Der nachfolgende Feststellungsvermerk ist Bestandteil dieses Beschlusses.

SVD-Wirtschaftsplan 2020

Seite 45

Feststellungsvermerk
für den Wirtschaftsplan 2020
des Stadtbetriebes Viernheim

Aufgrund der §§ 121, 127 und 127 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und § 5 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes (EBG) in den jeweils gültigen Fassungen hat die Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2019 für das Wirtschaftsjahr 2020 folgendes festgestellt:

§ 1 Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 wird

		EURO
1. im Erfolgsplan	in den Erträgen auf	€ 4.514.673,00
	in den Aufwendungen auf	€ 4.511.325,00
	ergibt ein Jahresergebnis von	€ 3.348,00
2. im Vermögensplan	in den Einnahmen auf	€ 1.129.046,00
	in den Ausgaben auf	€ 1.129.046,00
	festgesetzt.	

§ 2 Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2020 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf € 373.638,00 festgesetzt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr 2020 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf € 1.400.000,00 festgesetzt.

§ 5 Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2019 als Teil des Wirtschaftsplanes beschlossene Stellenübersicht.

Viernheim, den 11.12.2019
Der Magistrat der Stadt Viernheim

B. Kempf, 1. Stadtrat

Abstimmung: Einstimmig, 3 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtbetrieb

4. Prüfung der Jahresrechnung 2018 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 25.11.2019

Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm

Bezug: Tischvorlage des Kämmereiamt vom 05.12.2019

Auf o.a. Vorlagen wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch wies auf den erweiterten Beschlussvorschlag in der Tischvorlage hin. Man könne nun formal die Entlassung aus dem Schutzschirm beantragen.

Für die SPD-Fraktion sagte er, dass man zustimmen werde. Die Entlastung des Magistrats sei ein entscheidender Meilenstein zur Entlassung aus dem Schutzschirm. Man habe es zum dritten Mal in Folge geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt zu erwirtschaften. Dies habe besonders die Bürgerinnen und Bürger viel gekostet, wie z.B. durch die Erhöhung der Grundsteuer oder den Verzicht auf wichtige Investitionen. Dem Beitritt zum Schutzschirm-Programm habe man mit Bauchschmerzen zugestimmt. Mit der Entlassung erlange man die „Freiheit“ aber nur eingeschränkt zurück, da das Land den Kommunen wohl nicht so recht traue, denn es gebe strenge Auflagen, die die Kommunen weiter zum Sparen zwingen. Es herrsche Einigkeit, dass die beiden Projekte Kanal und Rathaus angegangen werden müssen, aber diese Projekte werden auch viel finanzielle Luft nehmen. Man müsse sich weiter gut überlegen, was wünschenswert und was notwendig sei. Auch sollte man die Tilgung nicht zu weit in die Zukunft verschieben. Die SPD-Fraktion werde weiterhin darauf schauen, was wichtig sei, denn Freiheit bedeute auch Verantwortung. Wenn man so weiterarbeite, sei der Tag der Entlassung aus dem Schutzschirm ein guter Tag.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erteilt dem Magistrat für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Beschluss zur Tischvorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm zu beantragen. Sie beauftragt den Magistrat, einen Antrag auf Feststellung des Ausgleichs des Ergebnishaushaltes sowie der Ergebnisrechnung im dritten aufeinanderfolgenden Jahr und die Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm beim Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

**5. Finanzierung bedeutsamer Investitionen,
hier: Neubau von Abwasserkanälen zum Schutz vor Wetterunbilden**

Bezug: Vorlage des Bürgermeisters vom 13.11.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig empfehle, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung ist mit der Vorgehensweise

- Kreditfinanzierung über den Gesamtbetrag der Investitionsmaßnahme zur Sicherung eines derzeit überaus günstigen Zinsniveaus, sofern dies genehmigungsfähig ist

- Frühestmögliche Refinanzierung von Zinsen und Tilgung, die den Gesamthaushalt belasten, über die Gebührenhaushalte Schmutzwasser und Niederschlagswasser (Abschreibungen + kalk. Verzinsung), auch bereits vor Inbetriebnahme der Teilstücke des neuen Ableitungssammlers, sofern dies rechtlich möglich ist
- Gesprächsersuchen an die zuständige Aufsichtsbehörde sowie die verantwortlichen Stellen in den Ministerien

in allen Teilen einverstanden.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, ASU, Kämmereiamt

6. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 28.10.2019

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig empfehle, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der unbefristeten Niederschlagung diverser städtischer Forderungen in Höhe von 300.638,50 € zu.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Kämmereiamt

7. Soziale Mietwohnraumförderung im Zuge der Mittelbaren Belegung von 55 Wohnungen (WE) bzw. 3.960 m² Wohnfläche; Anmeldung/Antragstellung der Baugenossenschaft Viernheim für eine Förderung im Bauprogramm 2019; hier: städtische Komplementärförderung

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 07.11.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig empfehle, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Stv. Wohlfart sagte, dass es für alle Bevölkerungsgruppen möglich sein sollte, eine Wohnung zu erhalten. Die Baugenossenschaft sei dabei ein wichtiger Partner, der nun in der Franz-Schubert-Straße neu baue. Durch die Förderung könne man 55 Wohnungen für 25 Jahre an anderer Stelle der Stadt erhalten. Die Landesregierung habe offensichtlich endlich verstanden, dass sie die Kommunen unterstützen müsse. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, da dieser Beschluss sich in das konsistente Handeln einreihe. Im Vorjahr habe man bereits 50 Belegungsrechte erworben und über die Aktion „Vermiete doch an die Stadt“ konnten weitere 60 Wohnungen angemietet werden. Diese Aktion sei so erfolgreich gewesen, dass Nachbarstädte diese nun nachahmen.

Stv. Scheidel sagte, dass es sich um die Fortführung des Beschlusses aus 2017 handle. Es sei wichtig, den sozialen Wohnraum zu fördern. Der Nachteil dieser Förderung sei es, dass man nicht selbst entscheiden könne, wer die Wohnungen bekomme. Man müsste eigentlich mehr tun, aber dafür fehlen die Mittel.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass sich die Stadt bei der Förderung von Mietwohnraum für 55 Wohnungen (WE) bzw. 3.960 m² durch das Land Hessen für die Bauvorhaben Franz-Schubert-Straße 3, 4, 5, 6, 7 im Rahmen der sogenannten Mittelbaren Belegung mit der erforderlichen Bereitstellung von 10.000,-- €/WE als Förderung beteiligt.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: ASU, Kämmereiamt, Bürgermeister, Sozialamt

8. Viernheimer Vielfalts- und Integrationskonzept

Bezug: Vorlage des Hauptamtes vom 26.11.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss einstimmig empfehle, dem Beschlussvorschlag zu folgen. Es habe eine kurze Diskussion über die Rolle und Aufgaben der Lenkungsgruppe gegeben. Es wurde klargestellt, dass bei Entscheidungen, die Ausgaben nach sich ziehen, den Gremien Vorlage gemacht werde.

Stv. Kruhmann berichtete, dass zwei Handlungsfelder näher betrachtet wurden. Die CDU-Fraktion werde sich dem vom Haupt- und Finanzausschuss geänderten Beschlussvorschlag anschließen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die Vielfalts- und Integrationsarbeit als kommunale Steuerungsaufgabe und beschließt das vorliegende Vielfalts- und Integrationskonzept als Handlungsgrundlage.

Zur Steuerung dient die Einsetzung der Lenkungsgruppe „Vielfalt und Integration“.

Die Lenkungsgruppe ist für die inhaltliche Ausgestaltung der einzelnen Handlungsfelder verantwortlich, indem sie zielgruppenspezifische Probleme und Bedarfe identifiziert, Lösungen zum Abbau von Zugangsbarrieren entwickelt, das Potenzial von Vielfalt sichtbar macht, Informationen bereitstellt und handlungsfeldbezogene Prozesse bündelt.

Die Gremien werden regelmäßig über die Arbeit der Lenkungsgruppe informiert.

Abstimmung: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Bürgermeister, 1. Stadtrat, Haupt- und Rechtsamt Abt. Organisation

9. Finanzbericht zum 30.09.2019

Bezug: Vorlage des Kämmereiamtes vom 07.11.2019

Auf o.a. Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Dr. Ritterbusch berichtete, dass der Ausschuss den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis genommen habe.

Auszug: Kämmereiamt

10. Antrag der CDU-Fraktion:

Busfahren „on Demand“ – Wenn der Bus kommt wie gerufen

Bezug: Antrag der CDU-Fraktion vom 29.11.2019

Auf o.a. Antrag wird verwiesen.

Stv. Winkler begründete den Antrag. Man tue mittlerweile viele Dinge online, nur der Bus fahre einzig zu festen Uhrzeiten und die Fahrpläne gebe es auf Papier. Doch der Bus müsse eine komfortable Alternative werden, dazu sei die fortschreitende Digitalisierung eine Möglichkeit. Vorstellbar sei eine Bestellung per App dahin, wo er gebraucht werde. Damit könne gleichzeitig auch eine Benzineinsparung erreicht werden. Man wünsche sich bis Mitte 2020 Informationen im Ausschuss.

Bürgermeister Baaß erläuterte, dass die Stadt die Stadtwerke Viernheim GmbH mit der Aufgabe betraut habe. Die entsprechenden Verträge laufen bis 2025, deshalb mache es Sinn, für die Zukunft danach nachzudenken. Er informierte, dass statistisch jeder Viernheimer 17 x den Bus benutzt, dies sei eine hohe Nutzung. Sicher könne man das eine oder andere verbessern, das aktuelle System sei aber z.B. auch mit der Straßenbahn verknüpft.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Stadtverwaltung, den zuständigen Ausschuss über die Möglichkeiten eines Bus-auf-Abruf-Systems zu informieren.

Welche Möglichkeiten gibt es?

Wo gibt es möglicherweise bereits solche Systeme und wie funktionieren diese?

Dem zuständigen Ausschuss ist bis zur Sommerpause 2020 Vorlage zu machen.

Abstimmung: 43 Ja-Stimme(n), 1 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)
(zum Zeitpunkt der Abstimmung waren 44 Stadtverordnete anwesend)

Auszug: Stadtwerke, ASU, Ordnungsamt

11. Anfrage der UBV-Fraktion:

Ergebnisse des Antrages vom 16.07.2019 zum Thema Versickerungsflächen

Bezug: Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019

11.1 Prüfung zur Herstellung von Versickerungsflächen

hier: Information zum Antrag der UBV-Fraktion aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.08.2019

Bezug: Vorlage des Amtes für Stadtentwicklung und Umweltplanung vom 26.11.2019

Auf o.a. Antrag und Vorlage wird verwiesen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Umwelt, Energie, Bauen Nordmann sagte, dass die Informationen bereits dem Ausschuss dargelegt wurden.

Auszug: ASU

12. Anfrage der UBV-Fraktion:

Kosten der zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Bezug: Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019

**Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019:
Neues Klimaschutzkonzept (KSK) - Klimaschutzmanager**

Bezug: Tischvorlage des Bürgermeisters vom 03.12.2019

Auf o.a. Antrag und Vorlage wird verwiesen.

Auszug: Brundtlandbüro, Hauptamt, Abt. Personal

13. Anfrage der UBV-Fraktion:

Rathaussanierung

Bezug: Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019

**Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019:
Finanzierung der Rathaussanierung**

Bezug: Tischvorlage des Ersten Stadtrat vom 10.12.2019

Auf o.a. Antrag und Vorlage wird verwiesen.

Auszug: BVLA, Kämmereiamt

14. Anfrage der WGV-Fraktion:

Erhebung der Ausgleichsbeträge (Innenstadtsanierung) gemäß § 154 des Baugesetzbuches

Bezug: Anfrage der WGV-Fraktion vom 25.11.2019

**Anfrage der WGV-Fraktion (vom 25.11.2019) zu „Heranziehungsbescheiden für Ausgleichsbeträge Sanierung Innenstadt durch das Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung“
hier: Beantwortung durch Verwaltung**

Bezug: Tischvorlage des Hauptamtes vom 02.12.2019

Auf o.a. Antrag und Vorlage wird verwiesen.

Auszug: ASU, Haupt- und Rechtsamt

ENDE DER SITZUNG: 20:45 Uhr

DER STV.-VORSTEHER:

gez.: S c h ü b e l e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

gez.: H a a s

Norbert Schübeler

Philipp Haas

F.d.R.d.A.

Amtmann

INHALTSVERZEICHNIS

1. Haushaltsberatungen
 - 1 a. Beratung des Haushaltsplans 2020
 - 1 b. Investitionsprogramm 2019-2023
2. Forum der Senioren
 - 2 a. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 des Viernheimer Forum der Senioren
 - 2 b. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Viernheimer Forums der Senioren
 - 2 c. Beratung und Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für das Viernheimer Forum der Senioren
3. Stadtbetrieb Viernheim Dienstleistungen
 - 3 a. Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 für den Stadtbetrieb Viernheim und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2018 durch Herrn Dipl.-Kaufmann Thomas Aumüller, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Mannheim
 - 3 c. Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2020 für den Stadtbetrieb Viernheim
4. Prüfung der Jahresrechnung 2018 durch das Revisionsamt des Kreises Bergstraße
Entlassung aus dem Kommunalen Schutzschirm
5. Finanzierung bedeutsamer Investitionen,
hier: Neubau von Abwasserkanälen zum Schutz vor Wetterunbilden
6. Unbefristete Niederschlagung städtischer Forderungen
7. Soziale Mietwohnraumförderung im Zuge der Mittelbaren Belegung von 55 Wohnungen (WE) bzw. 3.960 m² Wohnfläche; Anmeldung/Antragstellung der Baugenossenschaft Viernheim für eine Förderung im Bauprogramm 2019; hier: städtische Komplementärförderung
8. Viernheimer Vielfalts- und Integrationskonzept
9. Finanzbericht zum 30.09.2019
10. Antrag der CDU-Fraktion:
Busfahren „on Demand“ – Wenn der Bus kommt wie gerufen
11. Anfrage der UBV-Fraktion:
Ergebnisse des Antrages vom 16.07.2019 zum Thema Versickerungsflächen
- 11.1 Prüfung zur Herstellung von Versickerungsflächen
hier: Information zum Antrag der UBV-Fraktion aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21.08.2019

12. Anfrage der UBV-Fraktion:
Kosten der zusätzlichen Stellen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes
Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019;
Neues Klimaschutzkonzept (KSK) - Klimaschutzmanager
13. Anfrage der UBV-Fraktion:
Rathaussanierung
Anfrage der UBV-Fraktion vom 25.10.2019:
Finanzierung der Rathaussanierung
14. Anfrage der WGV-Fraktion:
Erhebung der Ausgleichsbeträge (Innenstadtsanierung) gemäß § 154 des Baugesetzbuches
Anfrage der WGV-Fraktion (vom 25.11.2019) zu „Heranziehungsbescheiden für Ausgleichsbeträge Sanierung Innenstadt durch das Amt für Stadtentwicklung und Umweltplanung“
hier: Beantwortung durch Verwaltung